

Pressemitteilung



Nr. 27/18 vom 17.05.2018

Anzahl der Anschläge: 3.599
Abrufbar unter: www.gdw.de

Zu wenige Baugenehmigungen – Politik muss Baubremsen lösen

Berlin – "Die Baugenehmigungszahlen für Wohnungen steigen viel zu langsam. Selbst wenn man die sinkenden Zahlen bei den Wohnheimen herausrechnet, nimmt die Dynamik bei den Genehmigungen insgesamt schon wieder ab. So kann die Riesenlücke von einer Million fehlenden Wohnungen in absehbarer Zeit nicht ausgeglichen werden", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu den heute veröffentlichten Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamtes. "Deutschland braucht umgehend einen klaren Kurs für bezahlbaren Wohnraum."

10 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde von Januar bis März 2018 in Deutschland der Bau von insgesamt 77.800 Wohnungen genehmigt. Ohne Berücksichtigung von neu gebauten Wohnungen in Wohnheimen ist das ein Anstieg von 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei der Gesamtzahl der Baugenehmigungen war aber ein Abschwung zu verzeichnen. Inklusiv der Wohnungen in Wohnheimen gab es im ersten Quartal 2018 insgesamt 1,7 Prozent oder 1.300 Genehmigungen weniger. Von den im Zeitraum Januar bis März 2018 genehmigten Wohnungen waren 68.071 Neubauwohnungen in Wohngebäuden – das sind 1,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Auch das zeigt deutlich: Die Dynamik im Wohnungsbau lässt nach.

20 Der Wohnungsmangel ist das Ergebnis der vom GdW immer wieder beschriebenen Engpässe: Zu wenig Grundstücke, zu wenig Planungs- und Genehmigungskapazitäten und vielfach erschöpfte Kapazitäten am Bau. Hier müssen Kommunen, Länder und die gerade vereidigte neue Bundesregierung jetzt dringend ansetzen. Sonst wird der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in vielen Großstädten zum größten sozialen Problem der nächsten Jahre werden.

"Der Handlungsdruck steigt immer weiter, denn die notwendigen 400.000 Wohnungen, die pro Jahr in Deutschland gebaut werden müssten, wurden nie erreicht. Im vergangenen Jahr wurden nur rund 319.000 Wohneinheiten fertiggestellt und auch 2018 wird die Zielmarke wieder deutlich verfehlt werden", so Gedaschko. "Die Baubremsen müssen gelöst werden, damit endlich der notwendige und lang erwartete Schwung in den Wohnungsbau kommt." Die Lösungen liegen auf dem Tisch. "Die serielle und standardisierte Bauweise muss gefördert und dazu eine bundesweit gültige bauliche Zulassung für diese Gebäude geschaffen werden", so der GdW-Chef. So kann man Kapazitätsengpässen entgegenwirken. Die Wohnungswirtschaft erwartet in den nächsten Wochen die Ergebnisse des [europaweiten Wettbewerbs](#) zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung für serielles Bauen.

40 Aber es muss an weiteren Stellschrauben gedreht werden, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Das im Koalitionsvertrag verankerte Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz muss zügig kommen. Die angekündigten steuerlichen Verbesserungen müssen schnell in die Praxis umgesetzt und durch ein Zuschussmodell ergänzt werden. Darüber hinaus müssen die Ergebnisse der Baukostensenkungskommission aus der letzten Legislaturperiode dringend umgesetzt und die mehr als 20.000 Bauvorschriften und Anforderungen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Folgenabschätzung für die Kosten des Bauens und Wohnens bei allen geplanten Gesetzen ist ein ebenso notwendiges Mittel, das der Koalitionsvertrag erfreulicherweise vorsieht. Nur wenn alle Maßnahmen zusammen wirken, lässt sich das notwendige Tempo beim Wohnungsbau erreichen.

Die Wohnungswirtschaft steht bereit, gemeinsam mit dem neuen Ministerium für Inneres, Bau und Heimat und mit den Partnern aus dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen weiterhin tatkräftig an diesem Ziel mitzuwirken.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.